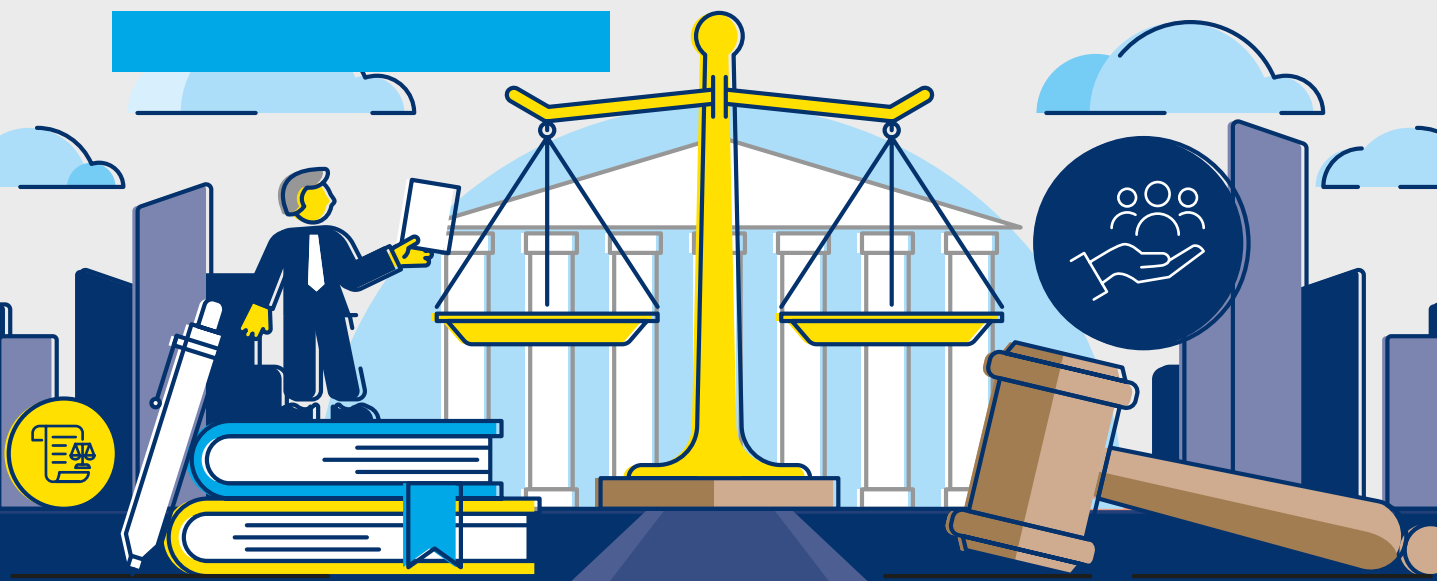
2/26

Landtag. Liberal



Freiheit ist kein Schönwetterprinzip

Das Magazin der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen

Kluge Kinder dank KI

Klage gegen Überwachungsgesetz

Gründerstipendium sichern

Liebe Leserinnen und Leser,

die Verteidigung der Bürgerrechte ist Teil unserer liberalen DNA. Wir lassen nicht zu, dass Überwachungsbefugnisse des Staates uferlos ausgeweitet werden und jeder unbescholtene Bürger bis tief in die Privatsphäre hinein überwacht werden kann. Deshalb klagen wir vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das neue schwarz-grüne Verfassungsschutzgesetz. Nordrhein-Westfalen darf nicht zum Überwachungsstaat werden!

Wir Freie Demokraten wollen Freiheit und Sicherheit in die richtige Balance bringen. Deshalb ist für uns auch klar, dass unsere Polizei mehr Respekt und bestmögliche Arbeitsbedingungen verdient. Das neue sogenannte Landesantidiskriminierungsgesetz der Landesregierung stellt Beamte unter Generalverdacht. Wir wollen moderne Polizeigebäude, keinen Verfall von Überstunden und endlich alle Polizistinnen und Polizisten mit dem Taser ausstatten!

Nordrhein-Westfalen braucht auch einen Aufbruch in der Wirtschaftspolitik. Zu allem Überfluss hat die grüne Wirtschaftsministerin das beliebte Gründerstipendium – ein erfolgreiches Programm, das wir Freie Demokraten in Regierungsverantwortung eingeführt haben – auf Eis gelegt. Unsere Wirtschaft braucht weniger vom fetten Staat, verlässliche Rahmenbedingungen, schnellere Verfahren und eine Politik, die Innovation fördert – so wollen wir Nordrhein-Westfalen wieder zum Gründungsland Nummer 1 machen.

Ein Grundstein für wirtschaftlichen Erfolg ist beste Bildung für kluge Kinder. Wir Freie Demokraten wollen die Zukunft umarmen und die Chancen moderner Technik nutzen, indem Klassenarbeiten KI-gestützt korrigiert werden. Das gibt Lehrkräften endlich mehr Zeit für die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes statt stundenlanger Schreibtischarbeit!

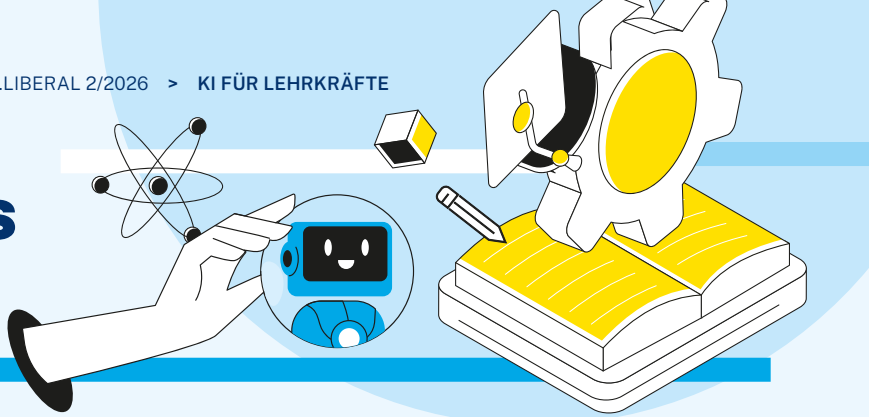
Mehr zu diesen und vielen weiteren Themen lesen Sie in dieser Ausgabe. Folgen Sie der FDP-Landtagsfraktion NRW auch in den sozialen Medien und kommen Sie dort mit uns über die aktuelle Landespolitik in den Austausch – wir freuen uns auf Sie!

Ihr

Marcel Hafke

Parlamentarischer Geschäftsführer

Bildhinweise: VectorMine/stock.adobe.com (Cover); James Zabel



Abhilfe für Korrekturstau:

Mehr Zeit fürs Unterrichten dank KI

Die FDP-Landtagsfraktion NRW will Lehrkräfte entlasten und Feedback für Schülerinnen und Schüler verbessern – mit Künstlicher Intelligenz (KI). Der revolutionäre Vorschlag: Klassenarbeiten und Klausuren sollen an weiterführenden Schulen künftig standardmäßig KI-gestützt korrigiert werden. Die finale Bewertung bleibt bei der Lehrkraft. So werden Lehrkräfte spürbar entlastet und Rückmeldungen schneller, transparenter und nachvollziehbarer.

„Kluge Kinder brauchen moderne Bildung und KI ist dabei eine Schlüsseltechnologie“, sagt FDP-Fraktionsvize Franziska Müller-Rech. Doch bislang fehlen die Voraussetzungen: Weder plant die Landesregierung landesweite Qualitätsstandards oder Rahmenverträge für KI-Anwendungen, noch sollen zusätzliche Mittel für Lizenzen bereitgestellt werden. „Schwarz-Grün schaut zu, wie sich jede Schule und jeder Schulträger allein durch den KI-Dschungel kämpfen muss“, kritisiert Müller-Rech.

LEHRKRÄFTE ENTSCHEIDEN

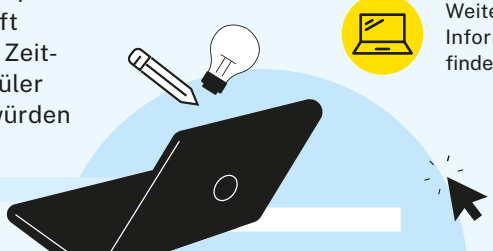
Insbesondere bei der Leistungsbewertung sieht die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Liberalen enormes Potenzial – auch, um Bewertungen qualitativ zu verbessern: „Viele kennen das nagende Gefühl einer ungerechten Beurteilung. Warum ist meine Gedichtinterpretation schlechter benotet als die meiner Mitschülerin?“ KI hingegen kann konsequent entlang klarer Kriterien bewerten. Das schafft Transparenz und Vergleichbarkeit. Durch die Zeitersparnis erhalten die Schülerinnen und Schüler außerdem schneller Feedback, Lernlücken würden früher sichtbar, Lernfortschritte nachvollziehbar. „Dabei ersetzt die KI nicht die Lehrkraft“, betont Müller-Rech. Es gelte immer „Human in the Loop“: „Pädagoginnen und Pädagogen treffen am Ende die Entscheidung und bleiben verantwortlich.“

Weil KI Lehrkräfte entlasten und individuelles Lernen unterstützen kann, wollen viele Schulen beim Einsatz vorankommen. Dafür fehlt in Nordrhein-Westfalen aber eine tragfähige, landesweite Strategie: Die Landesregierung sieht sich nach eigener Aussage ausdrücklich nicht als „Zertifizierungs- oder Prüfstelle“ und lehnt deshalb eine White- oder Blacklist für KI-Anwendungen ab. Auch landesweite Verträge mit Anbietern seien „gegenwärtig nicht geplant“. Stattdessen müssen Schulträger und Schulen selbst prüfen, beschaffen und finanzieren.

VERLÄSSLICHKEIT STATT FLICKENTEPPICH

Die FDP-Landtagsfraktion NRW fordert deshalb einen landesweiten Zugang zu KI-Unterstützung mit klaren Qualitätsstandards und gebündelte Rahmenverträge für alle Schulen in Nordrhein-Westfalen, damit nicht jede Kommune das Rad neu erfinden muss. Müller-Rech: „Der Einsatz von KI darf nicht vom Kassenstand einer Stadt abhängen, sondern muss allen Schülerinnen und Schülern zugutekommen.“ ▪

Weitere Informationen finden Sie hier:



Bildhinweis: Muhammad/stock.adobe.com

60 km/h für Kleinkrafträder:

Mehr Sicherheit und Mobilität

Kleinkrafträder dürfen in Deutschland nur 45 km/h fahren. Durch den Geschwindigkeitsunterschied zu anderen Verkehrsteilnehmern kommt es häufig zu riskanten Überholmanövern. Die FDP-Landtagsfraktion NRW will deshalb die zulässige Höchstgeschwindigkeit für Kleinkrafträder und Leichtkraftfahrzeuge auf 60 km/h anheben.

„Damit könnten Kleinkrafträder deutlich gleichmäßiger im Verkehrsfluss mithalten“, erklärt FDP-Verkehrsexperte Christof Rasche. Für ihn ist nicht nachvollziehbar, wieso moderne, sicherere Roller langsamer fahren dürfen als alte DDR-Mopeds derselben Fahrzeugklasse – für die gelten nämlich 60 km/h. „Das ist widersprüchlich und unfair“, meint Rasche.

Gerade jungen Menschen eröffnen Kleinkrafträder und Leichtkraftfahrzeuge frühestmöglich individuelle Mobilität, sei es in der Stadt oder im ländlichen Raum. Denn der dafür benötigte Führerschein der Klasse AM kann bereits mit 15 Jahren und vergleichsweise günstig erworben werden. Erlaubt sind damit Motorroller, Mopeds, Mofas, Mokicks und Scooter, dreirädrige Kleinkrafträder und vierrädrige Leichtkraftfahrzeuge („Microcars“) mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h. Ob auf dem Weg zur Schule, zur Ausbildung oder zur Arbeit: „Wir Freie Demokraten wollen Regeln, die zur Realität passen“, betont Rasche. „Deshalb setzen wir uns dafür ein, nationale Spielräume zu nutzen und Modellprojekte zur wissenschaftlichen Bewertung zu ermöglichen.“

Zum Antrag:

Konkret heißt das: Die Landesregierung soll sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine Anhebung einsetzen und mögliche Abweichungen für zusätzliche Fahrzeug- bzw. Führerscheinklassen, beispielsweise eine Klasse AM+, durch die Bundesregierung prüfen lassen. Und auch Nordrhein-Westfalen selbst könnte vorangehen: Ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt könnte zeigen, ob 60 km/h den Verkehrsfluss verbessern und riskante Überholmanöver reduzieren würden. „So war es auch beim Führerschein ab 17“, erinnert sich Rasche. „Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen haben den Vorstoß gemacht. Gestartet als Modell, ist der Führerschein ab 17 jetzt dank des Erfolgs europaweit möglich.“

Den Antrag der FDP-Landtagsfraktion, mit dem Gleiches für die Anhebung der Höchstgeschwindigkeit wahr werden könnte, lehnte die schwarz-grüne Mehrheit im Verkehrsausschuss ab – ebenso wie den Führerscheinerwerb mit 16 Jahren. „Zwei vermeintlich kleine Maßnahmen, die für junge Menschen aber einen großen Gewinn bedeutet hätten“, bedauert Rasche. „Umso weniger verstehen wir, dass CDU und Grüne sich dagegen ausgesprochen haben.“ ■

Bildhinweise: VECTOR FUN/stock.adobe.com (S. 4); stokkete, Kalawin/stock.adobe.com (S. 5)

Minus fetter Staat: Normenkontrollrat soll Bürokratiewahnsinn stoppen

Gesetze auf unnötige Bürokratie prüfen, bevor sie diese verursachen – das ist die Idee hinter einem Gesetzentwurf, den die FDP-Landtagsfraktion NRW in den Landtag eingebracht hat. Ein unabhängiger Normenkontrollrat soll Vorhaben frühzeitig auf Kosten und Praxistauglichkeit abklopfen. Im Bund und in Ländern wie Bayern oder Baden-Württemberg passiert das bereits erfolgreich. Zudem soll die Clearingstelle Mittelstand mit einem eigenen Initiativrecht eigenmächtig aktiv werden können. „Bislang entscheidet die Landesregierung, ob, wann und wie ihre eigenen Regelungen in Bürokratiefragen überprüft werden“, kritisiert Dirk Wedel, Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW im Hauptausschuss. Dietmar Brockes, wirtschaftspolitischer Sprecher, ergänzt: „Weniger Bürokratie bedeutet mehr Raum für Innovation, Investitionen und Arbeitsplätze.“ ■

Schuldenstopp statt Kollaps: Haushaltswende für Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen steuert finanzpolitisch auf gefährliches Terrain zu: 160 Milliarden Euro Schulden, dadurch mehr als vier Milliarden Euro Zinslast allein im Jahr 2026 und noch mehr Schulden sind bereits geplant. Die FDP-Landtagsfraktion NRW fordert daher einen Landeshaushalt 2027 ohne neue Schulden. „CDU und Grüne haben sich träge in dieser Spirale eingerichtet. Statt endlich Haushaltsprioritäten zu setzen und den aufgeblähten Staatsapparat kritisch zu hinterfragen, wird die Kreditkarte zulasten der jungen Generation immer weiter belastet“, mahnt Ralf Witzel, FDP-Chefhaushälter im Landtag.

Allein die Zinslast frisst Spielraum, der anderswo fehlt – für Bildung, Infrastruktur und wirtschaftliches Wachstum. Besonders kritisch sehen die Freien Demokraten dabei die Verwendung der Infrastrukturmittel des Bundes. So bescheinigten Wirtschaftsforschungsinstitute der Bundesregierung bereits eine Zweckentfremdung bis zu 95 Prozent.

„Genau vor dieser Veruntreuung von noch nicht einmal eingenommenen Steuergeldern zum Stopfen von Haushaltslöchern haben wir frühzeitig gewarnt“, sagt Witzel. Wenn schon derartige Rekordschulden aufgenommen werden, müssten diese wenigstens für echte Zukunftsinvestitionen in einen starken Wirtschaftsstandort eingesetzt werden.

Witzels Fazit: „Die geräuschlose Bequemlichkeit von Schwarz-Grün muss endlich beendet werden. Nordrhein-Westfalen braucht eine echte Haushaltswende: weniger Regulierung, weniger ideologische Prestigeprojekte und einen Haushalt 2027 ohne neue Schulden!“ ■

Frontalangriff auf die Bürgerrechte:

Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen NRW-Verfassungsschutzgesetz

Weitere Informationen und Medienberichte:

Die Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion NRW haben gemeinsam mit den nordrhein-westfälischen FDP-Europaabgeordneten Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Moritz Körner vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde gegen zentrale Teile des neuen NRW-Verfassungsschutzgesetzes erhoben. Das Gesetz war im November 2025 mit den Stimmen von CDU und Grünen im Landtag verabschiedet worden. Die Freien Demokraten sehen in mehreren darin enthaltenen Regelungen massive Verstöße gegen Grundrechte.

Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion und der Freien Demokraten NRW, stellte die Verfassungsbeschwerde gemeinsam mit dem Verfahrensbevollmächtigten der Freien Demokraten, Rechtsanwalt Dr. Peter Schantz, in der Landespressekonferenz vor. „Unser Rechtsstaat muss entschlossen gegen Extremisten, Terroristen und ausländische Spione vorgehen – aber er darf dabei nicht seine eigenen freiheitlichen Grundlagen schleifen“, betonte Höne. „Genau das hat Schwarz-Grün mit diesem Verfassungsschutzgesetz getan. CDU und Grüne haben Freiheit und Sicherheit aus der Balance gebracht. Das neue Verfassungsschutzgesetz ist ein Frontalangriff auf die Bürgerrechte aller Menschen in Nordrhein-Westfalen.“

Bildhinweis: Susanne Klömpges

Mit der Verfassungsbeschwerde gehen die Freien Demokraten insbesondere gegen vier zentrale Bürgerrechtseingriffe vor:

1 EINSATZ VON KI DURCH DEN VERFASSUNGSSCHUTZ

Zum ersten Mal wird dem Verfassungsschutz der Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) erlaubt. Auch die FDP-Landtagsfraktion NRW hält die Nutzung moderner Technik für richtig. Doch mit dem schwarz-grünen Gesetz droht eine präventive algorithmische Auswertung von Daten ohne konkrete Gefahr, ohne hinreichende Kontrolle und ohne Richtervorbehalt. Ein ungeheurer Eingriff in die Bürgerrechte. Hinzu kommt: Die digitale Souveränität ist nicht sichergestellt. „Mit diesem Gesetz könnten Unternehmen wie Palantir die Akten des Verfassungsschutzes zum KI-Training einsetzen“, warnte Höne. Aus Sicht der Freien Demokraten wäre es unverantwortlich, wenn ausländische Akteure auf diese geheimdienstlichen Daten zugreifen könnten.

2 ZUGRIFF AUF VIDEOÜBERWACHUNG

Mit dem neuen Gesetz bekommt der Verfassungsschutz Zugriff auf jede Videokamera im öffentlichen Raum – ob privat oder öffentlich, legal oder sogar illegal. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss in Nordrhein-Westfalen damit rechnen, jederzeit vom Verfassungsschutz überwacht zu werden. Höne: „Dadurch entsteht ein Klima des Generalverdachts, das nicht zu einer freien Gesellschaft passt.“ Schwarz-Grün hat damit den Weg in den Überwachungsstaat geebnet.

3 UNZUREICHENDER SCHUTZ VON BERUFSGEHEIMNISTRÄGERN

Das Verfassungsschutzgesetz greift tief in die Vertraulichkeit von Gesprächen mit Berufsgeheimnisträgern ein: Die Schweigepflicht von Anwälten, Geistlichen, Abgeordneten oder Journalisten ist nicht mehr ausreichend geschützt. Im liberalen Rechtsstaat muss man sich aber darauf verlassen können, dass solche Gespräche vertraulich bleiben.

4 UFERLOSE ÜBERWACHUNG VON KONTAKTPERSONEN

Die Freien Demokraten gehen gegen die uferlose Überwachung von Kontaktpersonen vor – also Personen, die sich nicht selbst verfassungsfeindlich engagieren, sondern mit solchen Menschen Kontakt haben. Durch das neue Gesetz muss die beobachtete Person noch nicht einmal wissen, mit wem sie es zu tun hat, sondern kann schon rein zufällig in das Visier des Verfassungsschutzes geraten. Höne: „In einer freiheitlichen Gesellschaft muss die Überwachung unbescholtener Bürger die absolute Ausnahme bleiben. Das ist ein weiterer Schritt zum Überwachungsstaat.“

VERTEIDIGUNG DER BÜRGERRECHTE IST LIBERALE DNA

Abschließend betonte FDP-Landeschef Höne: „Der Einsatz für die Bürgerrechte ist Teil unserer DNA und stolze liberale Tradition. Freiheit ist kein Schönwetterprinzip. Wer die Freiheit schützen will, darf sie nicht scheibchenweise abbauen. Deshalb ziehen wir vor das Bundesverfassungsgericht – mit unseren persönlichen Grundrechten stellvertretend für die Grundrechte aller Menschen in Nordrhein-Westfalen.“ ■

Gründerstipendium:
FDP kämpft für Verlässlichkeit

Das von den Freien Demokraten eingeführte NRW-Gründerstipendium ist eine Erfolgsgeschichte. Weil die Nachfrage so hoch ist, pausiert die schwarz-grüne Landesregierung aktuell die Sitzungen der Jury, die die Förderempfehlungen ausspricht. Seitdem hängen neue Bewerber in der Warteschleife. Für Dietmar Brockes, wirtschaftspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, ein fatales Signal: „Bundesweit erlebt die Selbstständigkeit gerade bei jungen Menschen einen Aufschwung. Umso verheerender ist es, dass Schwarz-Grün ausgerechnet bei einem erfolgreichen NRW-Gründungsprogramm ein halbes Jahr lang faktisch keine neuen Anträge zulässt.“

Das Programm wurde 2018 von FDP-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart gestartet und hat seitdem tausende Geschäftsideen unterstützt. Dass es so beliebt ist, zeigt: Das Konzept funktioniert. Was nicht funktioniert, ist die Haushaltsplanung der Landesregierung – die Mittel sind bereits zu großen Teilen abgeflossen oder gebunden.

Die Landesregierung kündigt in ihrer Antwort auf die Frage, mit welchen konkreten Maßnahmen das Programm finanziell und personell wieder so ausgestattet werden soll, dass Anträge zeitnah bearbeitet und neue Förderzusagen erteilt werden können, nun „maßvolle Anpassungen bei der Vergabe“ an. Details bleiben offen. Für Brockes hingegen ist klar, was es braucht: „Verlässliche Rahmenbedingungen, schnellere Verfahren und eine Wirtschaftspolitik, die Innovation fördert statt ausbremst – um Nordrhein-Westfalen wieder zum Gründungsland Nummer 1 zu machen.“ ■

Weitere Informationen finden Sie hier:

Schwarz-grünes
Misstrauensgesetz stoppen!

Das sogenannte Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) von CDU und Grünen stellt Landesbeschäftigte unter Generalverdacht – anstatt denjenigen, die sich täglich etwa für Sicherheit oder beste Bildung einsetzen, den Rücken zu stärken. „Das löst kein Problem, sondern schafft neue“, warnt FDP-Fraktionschef Henning Höne.

Denn: Das LADG sieht eine weitreichende Beweislastumkehr vor. Wer eine Diskriminierung behauptet, muss das künftig nicht mehr beweisen, sondern die Beschuldigten sind in der Pflicht, die eigene Unschuld nachzuweisen. Außerdem definiert der Gesetzentwurf den Diskriminierungsbegriff nicht abschließend. So könnte schon genügen, dass sich jemand als Brillenträger oder Fahrradfahrer diskriminiert fühlt. „Das führt zu absurden Beweisverfahren, verschlechtert die Effizienz staatlichen Handelns und öffnet Tür und Tor für Missbrauch, wenn bestimmte Zielgruppen mit Schadensersatzansprüchen Geld verdienen wollen“, fürchtet FDP-Fraktionsvize Ralf Witzel. Henning Höne betont zudem: „Die angeblich bestehende Schutzlücke gibt es schlicht nicht. Schon heute ist Diskriminierung im öffentlichen Dienst verboten und wird sanktioniert.“

Das Vorhaben von Schwarz-Grün ist ideologisch motiviert und sowohl inhaltlich als auch handwerklich mangelhaft. Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) läuft Sturm dagegen. Mit GdP-Chef Patrick Schlüter tauschte sich die FDP-Landtagsfraktion in einer Fraktionssitzung aus und stellte anschließend ein neues Positionspapier vor: Nein zum Misstrauensgesetz, mehr Rückhalt und Vertrauen für Polizistinnen und Polizisten! ■

Bildhinweise: elohimchik, Loviana/stock.adobe.com (S. 8); tomozinal, Muhammad Muhdi, ylivdesign/stock.adobe.com (S. 9)

Rekord bei offenen Strafverfahren:
300 zusätzliche Staatsanwälte nötig

Die Überlastung der NRW-Staatsanwaltschaften spitzt sich weiter zu. Ende 2025 lagen fast 300.000 unerledigte Ermittlungsverfahren auf den Schreibtischen der Behörden – ein neuer Höchststand und ein Anstieg von 17,5 Prozent innerhalb eines Jahres.

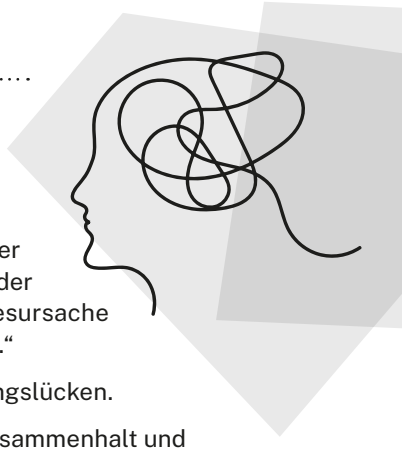
„Besorgniserregend“ nennt Dr. Werner Pfeil, rechtspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW, diese Tendenz. Denn gleichzeitig erhöht sich auch die Zahl der eingestellten Verfahren seit 2021 stetig – und trotzdem steigt die Zahl der offenen Verfahren weiter. Für Pfeil ein gefährliches Signal: „So geht Vertrauen in den Rechtsstaat verloren.“

Um die prekäre Personalsituation bei den Staatsanwaltschaften anzugehen, fordert die FDP-Landtagsfraktion 300 neue Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. „Es nützt nichts, wenn der Justizminister immer wieder betont, er nehme die Sorgen der Beschäftigten sehr ernst“, warnt Justizexperte Pfeil. „Er muss die erforderlichen Stellen schaffen und zügig besetzen!“ ■

GEAS-Reform
in NRW konsequent umsetzen

Die EU hat mit der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) neue Instrumente geschaffen, um irreguläre Migration zu begrenzen – unter anderem für schnellere Asylverfahren und konsequente Rückführungen. Während andere Bundesländer diese Möglichkeiten nutzen, lehnte der Landtag einen FDP-Antrag zur Umsetzung in Nordrhein-Westfalen ab. „Smarte Integration verbindet Menschlichkeit mit konsequenter Durchsetzung von Recht“, sagt Thomas Nückel, integrationspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW. Dafür benennt der FDP-Antrag konkrete Schritte: Sekundärmigrationszentren für Dublin-Fälle, funktionierende Grenzverfahren an den Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn sowie regelmäßige Rechenschaft gegenüber dem Landtag. Wer schutzberechtigt ist, bekäme schneller Klarheit und echte Integrationschancen; wer keine Bleibeperspektive hat, würde zügig zurückgeführt. ■

Psychotherapie:
Seelische Gesundheit darf kein Luxus sein



Bis zu einem Jahr Wartezeit auf einen Therapieplatz – vor unhaltbaren Zuständen in der psychotherapeutischen Versorgung warnt Susanne Schneider, Gesundheitsexpertin der FDP-Landtagsfraktion NRW. Die dramatischen Zahlen: „2023 war die häufigste Todesursache bei Zehn- bis 25-Jährigen nicht etwa ein Verkehrsunfall oder Krebs, sondern Suizid.“

Die FDP-Landtagsfraktion fordert daher konkrete Maßnahmen gegen die Versorgungslücken.

„Seelische Gesundheit ist Voraussetzung für Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliche Stärke“, betont Schneider. Die geplanten Honorarkürzungen für Therapeuten sind laut Schneider nicht hinnehmbar. Zudem müsse die Bedarfsplanung grundlegend reformiert werden: mit zusätzlichen Kassensitzen, mehr Studienplätzen, besseren Bedingungen für die Weiterbildung und einer fairen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen. ■

Starke Kitas

statt Parallelstrukturen durch ABC-Klassen

Mit den sogenannten ABC-Klassen will die schwarz-grüne Landesregierung Kinder schulreif machen, die nicht ausreichend Deutsch sprechen. Diese Förderung soll in Grundschulen stattfinden – neben dem regulären Kita-Alltag.

Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion NRW ist das der falsche Weg: „108 Millionen Euro für Busfahrten zwischen Kita und Schule sind die teuerste Sprachreise des Landes“, sagt FDP-Fraktionsvize Franziska Müller-Rech. Sinnvoller wäre, die Sprachförderung in der gewohnten Umgebung zu stärken, wo bewährte Konzepte und Erfahrungen vorhanden sind: in den Kindertagesstätten. Das betont auch FDP-Familienpolitikerin Yvonne Gebauer: „Frühkindliche Sprachbildung gehört in die Kitas!“

Nun steht sogar das Szenario im Raum, die schwarz-grüne Landesregierung könnte Mittel des Bundes, die explizit für bessere Kitas gedacht sind, für die ABC-Klassen zweckentfremden. Gebauer warnt: „Der Finanzierungsbeitrag des Bundes darf nicht für die Einführung von ABC-Klassen missbraucht werden. Sollte tatsächlich geplant sein, Geld aus dem System Kita zu ziehen, um es einem wissenschaftlich höchst umstrittenen Parallelsystem zuzuführen, werden die Zukunftsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Kita-Landschaft und die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel gesetzt.“

Für Kinder, die trotz Förderung in der Kita zum Schulstart noch erhebliche Sprachdefizite haben, schlägt die FDP-Landtagsfraktion ein Schulfähigkeitsjahr an der Grundschule vor. Das heißt: Wenn Kinder im schulfähigen Alter noch nicht bereit für die erste Klasse sind, erhalten sie eine klare, strukturierte Vorbereitung in kleinen Gruppen mit gezielter Förderung in der Schule – und so bald wie möglich wechseln sie in die erste Klasse. ■

Echte Wertschätzung statt Symbolik: Polizei braucht moderne Ausrüstung

Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen gehen jeden Tag für unsere Sicherheit ins Risiko. Die FDP-Landtagsfraktion NRW fordert beharrlich, endlich alle 47 Kreispolizeibehörden mit Tasern auszustatten.

Diese Distanz-Elektroimpulsgeräte sind ein Mittel zur Deeskalation: Oft reicht schon die glaubhafte Androhung ihres Einsatzes, um gefährliche Lagen zu entschärfen – ohne dass die Schusswaffe gezückt werden muss. Taser schützen damit Einsatzkräfte, aber auch die Menschen, denen sie gegenüberstehen. Doch obwohl seit Monaten Gutachten auf dem Tisch liegen und die Praxistauglichkeit klar bestätigen, geht es nicht voran. Mehr als die Hälfte der NRW-Polizeibehörden ist nach wie vor nicht mit Tasern ausgerüstet – offenbar wegen Differenzen zwischen den Koalitionspartnern. „Schwarz-Grün sagt den Taser nicht offen ab, blockiert aber aus ideologischen Gründen eine sachlich gebotene Entscheidung“, kritisiert Marcel Hafke, innenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion NRW. „Das ist Verschleppung auf Kosten der Sicherheit in unserem Land.“ In den Antworten auf eine Kleine Anfrage konnte Schwarz-Grün nicht einmal einen Zeitplan für die Entscheidung nennen. Und der Haushaltsentwurf sieht keinen flächendeckenden Rollout vor.

Auf FDP-Anfrage kam außerdem heraus, dass Ministerpräsident Hendrik Wüst im vergangenen Jahr keine einzige Polizeidienststelle besucht hat. Kein persönliches Gespräch mit den Menschen, die täglich für die Sicherheit sorgen. Hafke: „Wertschätzung für diejenigen, die täglich ihr Leben riskieren, sieht anders aus.“ ■

Bildhinweise: lithiumphoto/stock.adobe.com (S.10); Artlana/stock.adobe.com

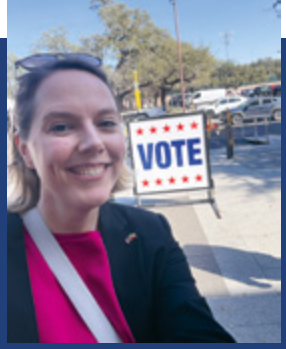
Transatlantische Impulse
zwischen NASA und Corn Belt

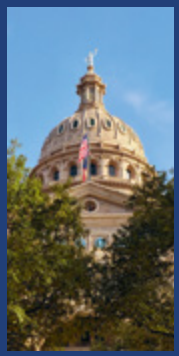
Von Raumfahrt in Texas bis zu KI-gestützter Landwirtschaft in Iowa – die Reise der Parlamentariergruppe NRW-USA führte die FDP-Abgeordneten Angela Freimuth und Franziska Müller-Rech in zwei Bundesstaaten mit vielfältigen Eindrücken. Die klare Botschaft: Transatlantischer Austausch bleibt unverzichtbar.

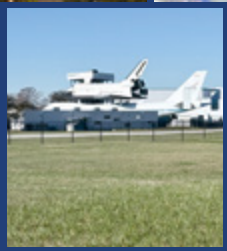
Im NASA-Kontrollzentrum in Houston erhielt die Delegation unter anderem von einem ehemaligen Flight Director, der in Bielefeld zur Schule gegangen war, Einblicke in die Artemis Mission und die Vorbereitungen für den bemannten Flug zum Mond. Die Gesprächspartner unterstrichen dabei die Bedeutung internationaler Forschungs- und Entwicklungskooperation. „Gerade weil viele politische Themen zwischen Europa und den USA kontrovers diskutiert werden, zeigt die Zusammenarbeit etwa bei internationalen Raumfahrtprojekten, wie unverzichtbar die transatlantische Kooperation bleibt“, betont Freimuth, Vorsitzende der Parlamentariergruppe. Weitere Stationen waren unter anderem das Holocaust-Museum und das Gründerzentrum Greentown Labs. In dessen Prototypenwerkstätten berichtete eine deutsche Unternehmerin von der Innovationsoffenheit in Texas.

In Austin sprachen die Wirtschaftsförderer von „Opportunity Austin“ über internationale Gewerbeansiedlungen. Weniger Bürokratie, schnelle Genehmigungen und Zugang zu Netzwerken seien Teil des Erfolgs und der Wachstumsstrategie – Themen, die auch Nordrhein-Westfalen bewegen. „Beeindruckt hat mich vor allem der Pragmatismus, mit dem Dinge ermöglicht werden, ob bei Unternehmensgründungen, Genehmigungen oder Innovationen. So werden auch im großen Stil private Investitionen angeregt – das können wir von den USA lernen“, berichtet Franziska Müller-Rech. Daneben standen ein Selbstversuch mit autonom fahrenden Fahrdiensten, ein Besuch im State Capitol und in der Lyndon B. Johnson Presidential Library auf der Agenda, ebenso ein Rodeo-Besuch und ein Barbecue mit der German-Heritage-Gesellschaft.

In Des Moines, Iowa, erläuterte die frühere US-Generalkonsulin und heutige State-Senatorin Janice Weiner die besondere Rolle Iowas bei den Präsidentschaftswahlen. Bei der „World Food Prize Foundation“ informierte sich die Gruppe über moderne Landwirtschaft und Ernährungssicherheit. Dabei wurde deutlich, dass KI-gestützte Bodenanalysen und Gentechnik wichtige Beiträge leisten. So rückt auch im landwirtschaftlich geprägten Raum die Ansiedlung eines Microsoft-Rechenzentrums Aspekte wie Energieversorgung und Fachkräftesicherung in den Fokus. Deutlich wurde: Zukunft entsteht dort, wo Offenheit für Innovation besteht. ■







Folgen Sie uns online!

Einblicke in die Landespolitik vor und hinter den Kulissen:
die FDP-Landtagsfraktion auf allen Kanälen.

@FDPFraktionNRW

@FDPFraktionNRW

FDP-Landtagsfraktion NRW

@fdpltfnrw

fdp_fraktion_nrw

@FDPFraktionNRW

FDP-Fraktion NRW

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:
Verantwortlich für Inhalt und Seiten:
Saskia Fröhlich, Nils Natho

ANSCHRIFT DER REDAKTION:
FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

REDAKTIONSSCHLUSS:
5. Juni 2026

ARTDIREKTION UND GRAFIK:
lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:
Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

DRUCK UND PRODUKTION:
BEISNER DRUCK GmbH & Co. KG

DIE ZUKUNFT UMARMEN

Dieses Magazin wird aus nachhaltigen Papierprodukten hergestellt.

Unsere Papierauswahl ist FSC®-zertifiziert.

FSC
www.fsc.org
MIX
Paper from responsible sources
FSC® C008984

UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das Thema FSC®-Zertifizierungen können Sie online nachlesen unter: www.fsc-deutschland.de

Bildhinweis: Irina Strelnikova/stock.adobe.com